

- Pressemitteilung -**UNESCO Welterbe „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“
CDU sieht falsche Imagebildung**

Den vorliegenden Antragsentwurf der Stiftung Industriedenkmalpflege Teile der Metropole Ruhr zu einem UNESCO-Weltkulturerbe qualifizieren zu wollen, lehnt die CDU-Fraktion im Ruhrparlament ab.

„Die CDU steht ohne Wenn und Aber zum identitätsstiftenden Erbe der Region. Dies wird in der großzügigen Förderung der „Route der Industriekultur“ auch deutlich“, erklärt Fraktionsvorsitzender Roland Mitschke.

Ein UNESCO-Welterbe-Titel sei aber auch eine große finanzielle Herausforderung, erläutert Mitschke. Nach heutigem Kenntnisstand müssten die notwendigen Gelder, um einen Welterbe-Status der Kulisse dauerhaft aufrechterhalten zu können, zum Großteil aus dem Städtebau-Fördertopf des Landes NRW kommen. „Dafür würden dann andere, aus unserer Sicht wesentlich wichtigere, Bau- und Entwicklungsprojekte in den Kommunen zurückgestellt“, fürchtet Mitschke. Auch mit großen Touristenströmen sei realistisch nicht zu rechnen. Darüber hinaus werde dem Antrag von einer eingesetzten Fachjury aus dem zuständigen NRW-Landesministerium gravierende inhaltliche Schwächen attestiert, die kaum bis Fristende im Oktober dieses Jahres auszumerzen sein.

Ein Welterbe-Status für eine Flächenkulisse in dieser Größenordnung - die deutlich über industriekulturelle Bauwerke hinausgeht - drohe jedoch dem Ruhrgebiet den Stempel einer rückwärtsgewandten Museumslandschaft aufzudrücken. Werben müsse die Region vielmehr mit zukunftssträchtigen Themen und Projekten. Die CDU sieht in dem angestrebten Welterbe-Status mehr Risiken als Chancen. Ein Welterbe-Titel verpflichte Eigentümer der Elemente dazu, zukünftig nicht unerhebliche Sichtachsen und Pufferzonen freizuhalten und verbiete unter Umständen bauliche Vorhaben an und um die Welterbe-Kulisse. Fraktionsvorsitzender Roland Mitschke: „Die drohenden Entwicklungshemmnisse für die Region sind uns zu groß“. Im Ruhrparlament fand der Antrag vergangenen Freitag (25.06.) gegen die Stimmen der CDU eine Mehrheit aus SPD, Grünen, Linken und FDP. Widersprüchliches Abstimmungsverhalten zeigten besonders die Grünen. Ihre Sprecherin plädierte für den Antrag, den sie im Bochumer Rat abgelehnt hatte.

Die Idee, Bauwerke in der Region für eine Bewerbung zum UNESCO-Welterbe zu qualifizieren, ähnlich des Areals der Zeche Zollverein in Essen, ist beim Regionalverband Ruhr nicht neu. Bereits 2013 wurde ein Welterbe-Antrag von der Kultusministerkonferenz zurückgestellt, da ihm keine großen Chancen eingeräumt wurden. Seitdem arbeitet die Stiftung Industriedenkmalpflege gemeinsam mit den Landschaftsverbänden Westfalen Lippe und Rheinland, der Emschergenossenschaft sowie dem Regionalverband Ruhr auf Verwaltungsebene an einer Weiterqualifizierung des ursprünglichen Antrages. Bemerkenswert dabei ist, dass die Verbandsleitungen nie ein Votum ihrer politischen Gremien herbeigeführt haben.

Erst als Ministerin Scharrenbach die regionalpolitische Bedeutung des Vorhabens betonte, war die örtliche und regionale Politik zu einem Meinungsbild aufgefordert. „Die zuvor abgegebenen Interessensbekundungen der Verwaltungen wurden vielerorts von der Politik wenig euphorisch bis deutlich ablehnend beschieden“, resümiert Mitschke. Von einem einheitlichen „JA!“ zum Welterbe-Vorhaben der Region könne keine Rede sein.